JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

TELEGRAMM-ADRESSE: „PRESSCENTRA ZÜRICH“



BANK-KONTO: SCHWEIZER. KREDITANSTALT

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 3251

Nummer 4 | 31. Dezember 1918 | 28 Tebeth 5679 | Preis 20 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Zur Friedenskonferenz.

(J. P. Z.) Auf Massenversammlungen in London haben Zangwill und Weizmann bemerkenswerte Reden gehalten, aus denen ein gewisser pessimistischer Grundton hervorklingt. Wir bringen hier in Kurzem die Grundgedanken dieser Reden.

Rede von Zangwill.

Zanngwill sagt: „Die Friedenskonferenz soll mit der geheimen Diplomatie aufräumen, und den Grundstein zum Völkerbund legen. Den Juden soll sie den Besitz Palästinas bringen. Aber ein jüdisches Palästina müsste, um Bestand zu haben, *ganz und gar* Tatsache werden. Denn wenn das „Jüdische nationale Heim“ eine englische Kronkolonie mit prädominierender arabischer Bevölkerung werden sollte und die Juden gezwungen wären, in ihrem Lande sich irgendwo in ein Winkelchen zu verkriechen, um dasselbe Leben voller Erniedrigung und Unterwürfigkeit wie in den 2000 Jahren des Goluth zu führen, dann wäre es weder *jüdisch, noch national, noch ein Heim.* Nur mit einer jüdischen Majorität und mit der Nationalisierung des Bodens (sowohl, das den Juden wie den Arabern angehörende Land müsste gegen vernünftige Kompensationen enteignet werden) könnte Israel an die Bildung eines jüdischen Musterstaates herantreten. Die Juden müssten Palästina so besitzen, wie die Araber Arabien und die Polen Polen. Andernfalls müssten sie, ohne die bestehenden jüdischen Kolonien zu verlassen und ohne Palästina als Imigrationsland zu vernachlässigen gleich Jochanan ben Sakai, nach andern Mitteln und Wegen trachten, um ihre auserwählte Mission zu erfüllen. (Zangwill scheint wieder auf sein Uganda-Projekt zurückkommen zu wollen. Anm. der „J. P. Z.“).

Sobald diese Forderungen gewährt sein werden, würde von uns allein die Bildung des jüdischen Staatswesens abhängig sein. Hätten wir jetzt in Palästina statt 100.000 eine Million Juden, und wären statt 2% des Bodens 30% in unserem Besitze, so wäre unsere Stellung an der Friedenskonferenz eine weitaus festere gewesen. Was wir brauchen, das ist eine *jüdische Majorität* in Palästina. Solange wir dies nicht haben, muss Palästina unter *Protektorat* gestellt werden. Daher müssen wir von der Friedenskonferenz verlangen, ein solches Protektorat zu ernennen. England als diejenige Macht, die das Vertrauen und die Achtung der ganzen Judenheit gewonnen hat, dürfte dazu die geeignetste Macht sein.

Auf allen Gebieten harren unser gewaltige Aufgaben, deren Ausführung einer jüdischen Organisation übertragen werden müssen. Die zionistische Organisation ist zu klein, um dieselben allein zu übernehmen, sie muss deswegen ihre *separate* Stellung aufgeben, um sich einer grossjüdischen Organisation, der das ganze Judentum angehören würde, anzuschliessen. Die Kontrolle dieses, die ganze Judenheit umfassenden Organs müsste solchen Personen anvertraut werden, die an der Spitze der jüdisch-nationalen Bewegung gestanden und die durch langjährige Erfahrung die Seele der Juden und ihre wahren Bestrebungen kennen gelernt haben.

Aus der Rede Weizmanns.

Um einem jüdischen Staat in Palästina zu haben, müssten die Juden erst dort sein. In Wirklichkeit seien in Palästina nur 100000 Juden, während die Zahl der Nichtjuden 600000 betrage. Länder werden nicht denjenigen Völkern gegeben, die diese nicht bewohnen. Es wäre nicht nur unklug, sondern auch ungerecht, den jüdischen Staat von der Friedenskonferenz zu erbitten. Allererst hätte man zu verlangen, dass die Welt anerkenne, dass Palästina *in der Zukunft jüdisches Land* sein müsse und dass die Juden *Anrecht* darauf *haben.* Ist dies Recht uns einmal zuerkannt, so solle man uns die Möglichkeiten und Bedingungen schaffen, die Juden nach Palästina zurückzuführen. *Alle legitimen Mittel müssten angewandt werden, um dort in verhältnismässig kurzer Zeit ein jüdisches Gemeinwesen von 3 bis 4 Millionen Seelen zu gründen.*

Gleiches Mass.

(J.P.Z.) Bern. Auf einem Diskussionsabend der hiesigen zionistischen Ortsgruppe sprach Herr *Messinger* folgende beachtenswerte Sätze: „Die Sehnsucht nach Zion ist nicht nur eine Sache der Zionisten sondern *aller* Juden. Die Frage ist eine müssige, ob gegenwärtig mehr Juden oder Araber in Palästina wohnen. Genau so wie man für die *Abstimmung im Elsass* nicht nur die gegenwärtigen Bewohner befragen wolle, sondern

auch alle diejenigen, *die einst aus dem Elsass ausgewandert sind,* so muss auch heute *die* Judenzahl massgebend sein, die man einst *gewaltsam* fortgetrieben hat, und deren Vertreter sind wir heute. Die Aufklärung in der Presse über die Judenfrage ist vorwiegend von national-jüdischer Seite erfolgt. Die jüdischen Korrespondenzbureaus haben uns ganz wichtige Dienste geleistet. Die unglückliche Trennung zwischen dem Reiche „Israel und Juda" darf auch nicht im Keime aufkommen, Das *sofortige* freie Aufrollen des jüdisch-nationalen Banners durch die offizielle Regierung in Palästina würde uns Millionen von Juden, die sich sonst zersplittern, sofort zuführen. Unsere Führer sollen die beteiligten Regierungen nicht eine Stunde länger darüber im Unklaren lassen. Unsere Stimmung war nie so gehoben, aber auch nie so *empfindlich wie jetzt.*"

Zu den Pogromen.

Untersuchung über die Lemberger Pogrome.

(J.P.Z.) Ein Spezialtelegramm des Warschauer „Kurier Poranny" meldet, dass die Mitglieder der Warschauer Kommission, die die Untersuchung in der Lemberger Pogromangelegenheit führt, eine Reihe von Beratungen mit den Lemberger jüdischen Führern Bankdirektor *Eisler,* Redakteur *Weinlös* und Dr. *Waschitz* abgehalten hat.

(J.P.Z.) Nach einer Reuter Meldung wird der Leiter der englischen Untersuchungskommission in Polen, der Militärattaché in Kopenhagen, Oberstleutnant *Wade* von dem Vizekonsul in Warschau und Delegierten des Roten Kreuz in Russland *Kimens* und Herrn Rowland Kenney begleitet werden.

(J.P.Z.) Der Berichterstatter der assimilatorisch-jüdischen Kommission, die nach Lemberg gereist war, drückt sein Entsetzen über die begangenen Scheusslichkeiten aus und verurteilt schonungslos die Pogrome. (Die polnische Regierung hatte gehofft, dass diese ihnen wohlgesinnte Kommission die Pogrome vertuschen würde. Anmerkung der „J.P.Z.")

(J.P.Z.) Die Warschauer Zeitungen melden, dass in London sich eine jüdische Kommission bildet, die mit Erlaubnis der englischen Regierung sich nach Polen begeben wird zweck Studiums der Lage der Juden wie auch der letzten anti-jüdischen Exzesse. In die Kommission werden auch Vertreter des englischen und amerikanischen Ministeriums des Aeussern eintreten, während Herr Nahum Sokolow als Sachverständiger diese Kommission begleiten wird.

(J.P.Z.) Lemberg. Hier weilte der bekannte Zionist *Farbstein* aus Warschau, der Geld zur Linderung der Not mitgebracht hat.

(J.P.Z.) Das polnische Nationalkomitee in New York veröffentlicht eine Erklärung, die die Pogrome dementiert und die Entsendung einer gemeinsamen Untersuchungskommission bestehend aus Juden und Polen Amerikas vorschlägt. Richter Julian *Mack* und Louis *Marshall* erwiderten, dass die Wahrheit der polnischen Pogrome erwiesen sei, erklärten sich aber mit dem Vorschlage der Entsendung einer Kommission einverstanden.

Entente-Offiziere in Lemberg.

(J.P.Z.) Wie die Polnische Telegraphenagentur Lemberg, meldet, ziehen die in Lemberg eingetroffenen Entente-Offiziere weitere Informationen über die letzthin stattgefundenen Ereignisse ein und *beschränken sich dabei nicht auf polnische Aussagen,* sondern treten auch in Verbindung mit Vertretern der Juden und Ruthenen. (Das „audiatur et altera pars" scheint den Polen nicht besonders angenehm zu sein. Anmerkung der „J.P.Z.")

Note der schwedischen Regierung wegen der polnischen Judenpogrome.

(J.P.Z.) Das Jüdische Pressbureau in Stockholm erfährt aus zuverlässiger Quelle, dass der schwedische Aussenminister *Hellner* eine Note an die Gesandten der Ententemächte und Amerikas in Stockholm überreicht hat, in der er im Namen der schwedischen Regierung unmittelbare wirksame Massnahmen zum Schutze der jüdischen Bevölkerung in Galizien und Polen verlangt. Der Note wurde das Memorandum des jüdischen Komitees in Stockholm über die Judenpogrome in Polen beigefügt. Die Gesandten übermittelten die Note an ihre Regierungen. Der amerkanische Vertreter sandte auf telegraphischem Wege eine Abschrift der Note und des Memorandums an Oberst *House* in Paris.

Wie Gerüchte entstehen.

(J.P.Z.) Die „Wiener Morgenzeitung" hat von Fräulein Henja Spitz aus Lemberg folgenden Brief erhalten: Eines schönen Tages kamen in die Wohnung des David Rauch in der Grodeckastrasse einige polnische Legionäre und begannen aus den Fenstern seiner Wohnung auf die Ruthenen zu schiessen. Alle Proteste des Hausherrn blieben erfolglos. Nach einigen Stunden kamen andere polnische Legionäre und beschuldigten den Hausherrn, dass aus seiner Wohnung auf Polen geschossen worden sei.

Telegramme.

Anerkennung der jüdischen Nationalität und hebräischen Sprache durch die neue ukrainische Regierung.

(J.P.Z.) Wir erhielten vom ukrainischen Pressbüro, Lausanne folgendes Telegramm: „Neue ukrainische Regierung deklariert alle die Ukraine bewohnenden *Nationen* sowie deren *Sprachen* für absolut *gleichberechtigt,* wiederherstellt das durch die Rada eingeführte und nachträglich durch den Hetman aufgehobene Gesetz der personalen und nationalen Autonomie. Das Manifest publiziert diesen öffentlichen Akt in russischer, *hebräischer* und polnischer Sprache."

Wahlen in Wilna.

(J.P.Z.) Wilna. Am 24. 25. 26. Dez. Wahlen zur jüd. Gemeinde Wilna auf weitester demokratischen Grundlage stattgefunden. 15187 Stimmen abgegeben, also stimmten 30% Wahlberechtigter (inkl. Frauen) auf Grund Proporzes. 80 Sitze folgendermassen verteilt: Kaufleute 1, Vertreter vereinigte Sozialisten 3, Volksvereinigung (Bourgeoisie) 10, Demokraten 5, Bund 23, Zionisten 24, Poale Zion 3, Zeire Israel (zionistisch orthodox) 2, Schomre Thora 2, Handwerker 7. Von bekannten Persönlichkeiten Volksvereinigung: Oberrabb. Rubinstein, Rabb. Grodzensky, Rachmilewitsch. Demokraten: Schabad, Reisin. Bund: Isbidsky. Zionisten: Unterstaatssekretär Rosenbaum, Jaffe, Wigodski. Poale Zion: Schalit. Bei Handwerkern Entscheidung, ob Wilnaer Gemeinde nur weltlich wird oder auch religiöse Angelegenheiten vertritt.“

Jüdisches Hilfskorps.

(J.P.Z.) Drahtmeldung aus dem Haag. In einer von 700 Personen in Scheveningen besuchten Versammlung wurde die Gründung eines *jüdischen Hilfskorps* beraten, um die von Pogromen bedrohte Bevölkerung Galiziens und Polens zu schützen. Das Hilfskorps soll sich zu diesem Zwecke der Entente zur Verfügung stellen. Die angenommene Resolution *fordert die Juden aller Länder auf, Hilfskorps zu bilden.* Hunderte von Personen haben sich bereits gemeldet.

Chronik.

Polen.

Konferenz der Assimilantenführer.

(J.P.Z.) In Warschau fand am 15. Dezember eine Konferenz der Assimilantenführer aus Kongresspolen und Galizien statt, die sehr zahlreich beschickt war. Hauptthema der Beratung bildete die Frage, ob man das Verlangen nach nationaler Autonomie bekämpfen oder sich neutral verhalten soll. Die meisten Redner erklärten, sie hätten vollständig mit dem Kurs der alten Assimilanten, wie dieser durch 25 Jahre durch Dr. Nussbaum, Dickstein, Kempner, Natanson und Konsorten geführt wurde und der auf gewaltsamer Assimilation und offenem Kampf gegenüber der jüdischen Nationalität beruhte, gebrochen, und *ihr Kurs sei, niemanden zur Assimilation zu zwingen, denjenigen, die sich zur jüdischen Nationalität bekennen, nicht gegenüberzutreten und nationale und kulturelle Autonomie nicht zu bekämpfen.*

Advokat und Gemeinderat *Patek* (Pole) erklärte, wenn das polnische Volk trotz 150jährigem fremden Joche ein Volk geblieben ist, so seien die Juden, die schon zweitausend Jahre unter fremdem Joche leben, *ein Volk par excellence.*

Konferenz der Orthodoxen in Warschau.

(J.P.Z.) Die Konferenz der Orthodoxen in Warschau verlangt in ihrer Resolution u. a. die Anteilnahme der religiösen Juden auf dem Friedenskongress bei denjenigen Beratungen, bei welchen die Palästinafrage behandelt werden wird. Die Konferenz beschloss, eine Registrierung derjenigen Juden, die nach Palästina sich begeben wollen, Vornahme einer intensiven Kolonisationsarbeit auf genossenschaftlichen Grundlagen, Gründung eines Palästinafonds, um Juden, die kein eigenes Kapital besitzen, die Ausreise nach Palästina zu ermöglichen, Gründung einer Agrarbank in Palästina, Entsendung einer Delegation der Orthodoxen nach Palästina um Beziehungen mit den dortigen Organisationen anzuknüpfen, Gründung entsprechender Institutionen, um die orthodoxe Jugend Handwerk und Ackerbau zu lehren. Die Palästinarbeit führt die orthodoxe Partei selbstständig, nach den Weisungen „des Rates der Talmudisten“.

(Nowy Dziennik.)

Jüdisch-nationale Konferenz in Polen.

(J.P.Z.) Am 26. Dez. fand in Warschau die vorbereitende Konferenz des jüdisch-nationalen Kongresses statt, zu welcher bisher mehr als 250 Delegierte der verschiedensten Institutionen, Gemeinden und Berufsgenossenschaften ihre Ankunft angemeldet haben.

Jüdischer Handwerkerrat in Warschau.

(J.P.Z.) Nach „Moment“ Nr. 226 ist in Warschau ein *„Jüdischer Handwerkerrat“* gegründet worden. Auf der Gründungsversammlung waren 20 Vereine mit 5000 organisierten Mitgliedern durch 40 Delegierte vertreten. Der Rat beweckt einen Zusammenschluss gegen die antisemitische Taktik.

(J.P.Z.) Radom: Am 10. Dezember verliess die erste Gruppe von Schülern unsere Stadt, um sich als Kultur-Pioniere nach Palästina zu begeben. Vorderhand sind 12 Personen, Schüler der 6. bis 8. Klasse und Maturanden abgereist. Eine zweite Gruppe soll nächste Woche folgen.

(J.P.Z.) Prof. *Grabski* ist nach Warschau zurückgekehrt und hat mitgeteilt, dass er und der bekannte Führer *Dmowski* sich weiterhin jeder antisemitischen Politik enthalten würden.

Die jüdische Frage in Polen.

(J.P.Z.) Der „Matin“ meldet unter obiger Ueberschrift: Der Korrespondent der „Times“ aus Warschau telegraphiert: „Polen steht gegenwärtig vor so vielen Problemen, wie die Frage der Wiedervereinigung, der Arbeitslosigkeit, die Judenfrage, der Bolschewikigefahr, sodass es unmöglich scheint, alle diese Fragen jetzt zu lösen. Die Judenfrage hat durch Pogrome in Lemberg und den anderen Orten die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. „Pogrom“ ist ein starker Ausdruck und wird für grössere Unruhen gebraucht, wie für die Vorkommnisse in Lemberg, wo einige Strassen eingeäschert, Synagogen geplündert und die Asche der Leichen

mit Bajonettstichen durchlöchert wurden. Gleichwohl, die Vorgänge in Lemberg sind nur ein Teil der Judenfrage welche die Zukunft Polens beherrscht. In Russisch-Polen sind ja 14% der Bevölkerung Juden, in Galizien 11%. In vielen grossen Städten ist der Prozentsatz ein noch viel höherer. Ich hatte eine Unterredung mit *Prilucki*, Mitglied des Stadtrates und Leader der nationaljüdischen Partei. Er sprach im Namen von 90% seiner Glaubensgenossen und sagte, wir anerkennen den polnischen Staat, aber wir verlangen eine gewisse Autonomie. Die jüdische Nationalität muss von der polnischen Regierung anerkannt werden, und alle Juden sollen bevollmächtigt sein, eine Union mit öffentlichen und privaten Rechten zu bilden. Im Bereiche des öffentlichen Unterrichtswesens muss diese Union absolut autonom sein. Sie muss das Recht haben, auf Staatskosten Schulen gründen zu können, ohne dass der Staat sich berechtigt glaubt, sich in die Administration einzumischen. Wir bezahlen dem Staat unsere Steuern, haben also das Recht, zu verlangen, dass die Schulen auf Staatskosten unterhalten werden. Ich fragte Prilucki, in welcher Sprache unterrichtet werden würde und er antwortete mir, ausschliesslich nur in *hebräisch und jüdisch.* Neben der jüdisch-nationalen Partei existiert noch eine Partei der *Assimilanten. Diese Assimilantenpartei hat jedoch nur wenig Anhänger,* es sind aber meistens Personen in verantwortlicher Stellung. Die Zionisten, welche die Rückkehr nach Palästina verlangen, sind auch nur gering an Zahl."

Galizien.

Kampf gegen den Lebensmittelwucher.

(J.P.Z.) Aus Krakau wird der „J. P. Z." berichtet: In den meisten galizischen Gemeinden wurde (ebenso wie in Wilna, siehe Nr. 2 der „J. P. Z.") vom Rabbinat der strenge Bann (Cherem Chomur) auf die Lebensmittelwucherer verhängt. Der jüdische Nationalrat führt durch eine besondere Organisation strenge Kontrolle über die Einhaltung der vorgeschriebenen Höchstpreise. Infolgedessen wird in den jüdischen Geschäften viel billiger eingekauft als bei den Christen, die weiterhin ärgsten Sachwucher betreiben.

„Für Juden haben wir kein Herz."

(J.P.Z.) Der „J.P.Z." wird aus Krakau berichtet: Die aus Böhmen nach Ostgalizien zurückkehrenden Flüchtlinge werden auf ihrer Fahrt seitens der Polen unerhörten Chikanen und Thorturen ausgesetzt. U. a. werden von den Zügen der Flüchtlinge bei allen möglichen Gelegenheiten die Lokomotiven abgekoppelt und die Wagen mit den frierenden Flüchtlingen auf freiem Felde bei Frost und Schneewetter stunden- und tagelang stehen gelassen. So geschah es auch unweit von Ustrzyki-Dolne. Ein Abgesandter der Flüchtlinge, der sich zu Fuss nach Ustrzyki begeben hatte, sandte von dort Telegramm auf Telegramm an die nächstgelegene Station Zagórz ab, worin er um schleunigste Hilfe bat. Das darauf eingelaufene Antworttelegramm lautete: *„Für Juden haben wir kein Herz"*.

Vandalismus.

(J.P.Z.) Laut „Nowy Dziennik" wurden bei dem im November in *Trzebinia* stattgefundenen Pogrom beim dortigen Rabbiner auch zwei Thorarollen geraubt. Nach grosser Mühe gelang es der jüdischen Jugend, eine stark beschädigte Thora zurückzuerlangen. Mit der zweiten Thora hatte ein gewisser Stanislaus *Nowak* in *Wodna* die Wände seiner feuchten Wohnung austapeziert. Auf die Bitte um Rückgabe gegen entsprechende *Entschädigung* antwortete Nowak: „wenn ihr nicht sofort meine Wohnung verlässt, kommt ihr nicht mit dem Leben davon!" Da auch der grösste Teil der Tefillin und Talessim den Juden während den Unruhen geraubt wurden, wandten sich diese an die Geistlichkeit, mit der heissen Bitte, die Bevölkerung zur Rückgabe dieser für Andersgläubige absolut nutzlosen Ritualien, zu veranlassen.

(J.P.Z.) Aus Krakau wird der „J. P. Z." geschrieben: Am Tage des Trauergottesdienstes für die Lemberger Pogromopfer wurde gefastet. Sämtliche jüdische Geschäfte waren zum Zeichen der Trauer geschlossen.

Tschecho-slovakischer Staat.

Ministerpräsident Kramarz über Antisemitismus.

(J.P.Z.) In der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident *Karamarz* am 21. Dez. folgendes: „Und nun noch ein Wort über die Juden. Es gab Juden, die sich ausgezeichnet aufgeführt haben, es gab aber auch solche, die sich fürchterlich aufgeführt haben. Es wäre eine Sünde für die tschechische Nation, wenn sie sich zum Rassen-Antisemitismus erniedrigen würde. Jede Tafel, die in einem Laden eingeschlagen wird, wird die tschecho-slowakische Republik in unserer Zukunft bezahlen. Wir werden nicht allein auf der Welt sein, wir werden uns sozial und wirtschaftlich nicht entfalten können ohne Intimität mit den Westmächten. Wenn wir die grossen Ideale, welche die Grundlage der Weltpolitik sind, erfüllen wollen, wie sie in der Wilsonschen Botschaft enthalten sind, dann müssen unsere inneren Zustände zeigen, dass wir imstande sind, um die Gefahren der Gegenwart ohne Pogrome herumzukommen."

Ukraine.

Unser Korrespondent meldet aus Kiew:

(J.P.Z.) Den jüdischen Kongress begrüsste namens der ukrainischen Gesellschaft Herr Mikolai *Lewitzki* folgendermsssen: „Ich bin hierhergekommen, um den ersten in einem historischen Momente zusammengetretenen jüdischen Kongress in der Ukraine zu begrüssen. Auch wir waren unterdrückt und deshalb verstehen wir einander so gut. Im Augenblicke der neuen Weltordnung ist der Völkerbund unvermeidlich. Es ist euch bekannt, dass das Verhältnis der Ukrainen zu den Juden stets ein freundliches gewesen ist. Ebenso ist euch bekannt, dass auf der ukrainischen Universität in Kamenjez-Podolsk zum ersten Mal in Russland ein Lehrstuhl für

die jüdische Litteratur errichtet worden ist. Lange hat das Judentum gelitten, aber auch wir haben lange gelitten. Wir werden jetzt brüderlich kämpfen und brüderlich zusammenhalten.

Namens der Sozialrevolutionären Ukrainen begrüsste die Versammlung Herr *Gregorieff*.

(J.P.Z.) Die jüdisch-territorialistische Organisation (Ito) hat, wie die Nachrichten des deutschen Orient-Institutes mitteilen, nach dem Vortrag des Senators *Margolin* beschlossen, ihr Vorgehen mit demjenigen der zionistischen Organisation bezüglich der praktischen Arbeit in Palästina in Einklang zu bringen. Die bei der Ito bestehende jüdische Auswanderungsgesellschaft soll die Aufgabe erhalten, die Auswanderung sowohl nach Palästina als auch nach Amerika und anderen Ländern zu regeln.

Litauen.

Eintritt jüdischer Minister in die litauische Regierung.

(J.P.Z.) Wie der „J.P.Z." aus Wilna berichtet wird, sind dort in die litauische Regierung als Vertreter der Juden eingetreten: Advokat *Rosenbaum* (Vertreter der Zionisten) *Wigocki* und *Rachmilewicz*. Rosenbaum wurde zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Rachmilewicz zum Unterstaatssekretär im Handelsministerium ernannt. Wigocki hat das Ministerium für jüdische Angelegenheiten übernommen. (Ueber die Ressortverteilung stimmen die uns vorliegenden Meldungen nicht überein. „J.P.Z.")

Ungarn.

(J.P.Z.) Aus den Landgemeinden Ungarns, sowohl aus den von Wallachen wie von Slovaken bewohnten Komitaten kommen fortgesetzt Nachrichten über Ausschreitungen gegen die Juden. Die von den ungarischen Zionisten gegründete Selbstwehr ist bestrebt, mit Waffengewalt und Aufklärung den Plünderern Einhalt zu tun. Bisher wurde in 41 Ortschaften die Ruhe durch diese Garde hergestellt.

Holland.

(J.P.Z.) Der „J.P.Z." wird aus Amsterdam geschrieben: Die holländische Zionisten Liga hat um die Intervention des Papstes zugunsten der Juden in Polen ersucht.

(J.P.Z.) Haag. Die erste Kammer hat den Antrag des Senators van Kol wegen der Judenpogrome in Galizien beraten. Der erste Teil des Antrages, der die Verachtung wegen der Grausamkeit gegen die Juden ausdrückt, ist mit 24 gegen 9 Stimmen angenommen worden.

(J.P.Z.) In Deventer (Holland) bereitet sich eine Gruppe Personen durch tätige Land- und Gartenarbeit sowie Studium der Palästinakunde und des Hebräischen vor, nach Palästina überzusiedeln. Eine zweite Gruppe hat zur Vorbereitung für die Uebersiedelung einen grossen Bauernhof in Marum bei Groningen gepachtet, wo extensive Kultur und Viehzucht in grossem Stil getrieben wird.

Spanien.

Die erste zionistische Organisation in Spanien.

(J.P.Z.) In Madrid hat sich auf Initiative von Prof. *Yahuda* die erste zionistische Organisation mit Namen „Jehuda Halewy" gebildet. Der Verein beabsichtigt, einen Fonds zur Gründung eines speziellen Lehrstuhls für jüdische Geschichte und Litteratur an der zukünftigen hebräischen Universität in Jerusalem, zu sammeln.

Spanische Intelektuelle an Dmowski.

(J.P.Z.) Das jüdische Korrespondenzbureau Haag meldet: Prof. *Jahuda*, Madrid telegraphiert: Literaten, Professoren, Redakteure, Akademiker, Senatoren und Abgeordnete sandten an Roman *Dmowski*, den Vorsitzenden der polnischen Delegation in Paris, ein Telegramm, in welchem sie gegen die Verfolgungen der Juden protestieren, die Ergreifung von Schutzmitteln zwecks Sicherung des Lebens und der Habe der Juden, die ebenso wie die Polen um die Befreiung des Vaterlandes gekämpft haben, Das Telegramm schliesst: Wir wünschen die Wiedergeburt eines blühenden Polens, wir verlangen rücksichtslos Ihre Intervention zum Schutze der Juden, deren Verfolgung die polnische Unabhängigkeit bedroht, was bereits England warnend betont hat.

Persien.

(J.P.Z.) Laut Kopenhagener Depeschen macht der Zionismus grosse Fortschritte in Persien, wo 100,000 Juden leben. Die Werbeschriften werden in tartarischer und persischer Sprache herausgegeben.

Armenien.

(J.P.Z.) Der Vertreter der armenischen Gesandtschaft in Rom, *Mihran Damadian*, hat an das Komitee „Pro Israele" einen Brief gerichtet, in welchem er u. a. folgendes schreibt: „Armenier sendet der jüdischen Nation den Ausdruck euerer lebhaften Sympathie und euerer Glückwünsche. Wir stehen am Anfang einer neuen Aera, in welcher die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit von der ganzen Welt proklamiert und anerkannt sein werden, und in welcher die Leiden, die seit 2000 Jahren euere blutig verfolgte Rasse zu erdulden gehabt hat, nur eine traurige Erinnerung an die vergangenen Jahre sein werden. Die Menschheit wird nicht mehr den Skandal dulden, wie es die Armenier-Massakers oder die Judenpogrome sind. Es wird in Niemanden mehr Gewalt liegen, die Bedrückung einer grossen oder kleinen Nation zu erlauben. Palästina, das Land euerer Väter, das von den Türken zu einer Wüste gemacht wurde, wird nochmals dank, der bewunderswerten Energie und dem demokratischen Geist euerer Rasse, der Herd des Wohlstandes und des Lichtes werden,

der harmonische Treffpunkt der drei Religionen und der drei Nationen, der hebräischen, arabischen und europäischen, das Symbol des Friedens und der Eintracht zwischen den Menschen. Das unabhängige Armenien wird für Palästina die unüberwindliche Barriere darstellen gegen eine neue feindliche Invasion. Armenien und Palästina, verschwistert durch Leiden, bewusst ihrer zivilisatorischen Funktion, welche auf sie fällt, grüssen sich in dieser Uebereinstimmung und geben sich das Versprechen der Solidarität." („Israele" Rom.)

Deutschland.

(J.P.Z.) In den „Neuen jüdischen Monatsheften" (v. 10. Dez. 1918) schreibt Dr. Adolf Friedemann: „Es ist wahrscheinlich, dass man das jüdische Volk als beratenden Faktor auf der Friedenskonferenz zulassen wird. Also muss das deutsche Judentum schleunigst seine Stellungnahme klären. Die grossen Verbände müssen sich darüber klar werden, dass der schicksalsschwere Augenblick sie nicht unvorbereitet treffen darf. Aber es geht nicht an, dass alles sich wieder in einer Notabelnversammlung hinter geschlossenen Türen abspielt. Der jüdischen Bevölkerung muss Gelegenheit gegeben werden, sich zu äussern und bestimmt mitzuwirken. Es müsste also ein Kongress der Juden Deutschlands stattfinden, für den man Programme aufstellen könnte, wie das bereits die Zionistische Vereinigung für sich getan hat. Zweifelhaft ist nun allerdings, ob für eine so breit angelegte Veranstaltung Zeit bleibt. Vielleicht dürfte es nötig sein, schneller zu Entschliessungen zu kommen, als es bisher den Anschein hatte, falls die Friedenskonferenz etwa schon in einigen Wochen zusammentritt. Als eine vorläufige Vertretung müssten dann alle bisher im öffentlichen jüdischen Leben tätig gewesenen Persönlichkeiten etwa von einer gemischten Kommission der Organisation zu einer Tagung geladen werden, in der unter Fortfall der üblichen endlosen Referate Gelegenheit zu öffentlicher Diskussion bestände. Ein dort gewählter Ausschuss müsste auch dafür sorgen, dass die deutschen Regierungsvertreter für die Friedenskonferenz einen sachverständigen Beirat erhalten, der sie in jüdischen Angelegenheiten berät. Und schliesslich muss sich der gewählte Ausschuss mit den Vertretern des ausländischen Judentums dann in Verbindung setzen und rechtzeitig verständigen. Die Angelegenheit duldet keinen Aufschub. Im Interesse der jüdischen Allgemeinheit wie in dem der deutschen Judenheit muss sofort gehandelt werden.

(J.P.Z.) Deutsche Zionisten haben eine Gesellschaft gegründet zum Zwecke, in Palästina eine Ackerbau- und Pflanzungskolonie anzulegen. Einzelbetriebe sollen zwischen 6 bis 40 ha schwanken, das einzuzahlende Barkapital zwischen 25 und 120,000 Mark. Von bekannten Zionisten haben *Lichtheim,* Dr. *Nawratzki* (Verfasser eines ausführlichen Buches über die jüdischen Kolonien), Dr. *Brünn* (Arzt, seit Jahren in Palästina tätig, grosser Kenner der dortigen Gesundheitsverhältnisse) unterschrieben. Die Mitglieder sollen ihre Arbeitskraft und ihr Kapital nach Palästina verpflanzen.

Eine Resolution der „Agudas Jisroel".

(J.P.Z.) (Mitgeteilt.) In einer von der „Agudas Jisroel" in Frankfurt einberufenen Versammlung, in welcher Zahnarzt Salomon *Ehrmann* referierte, wurde auf Empfehlung der Herren Jacob *Rosenheim* und Dr. Isaac *Breuer* folgende Resolution angenommen:

„Die jüdische Religion und die jüdische Nation bilden eine untrennbare Einheit. Die Bereitstellnng der jüdischen Nation und des jüdischen Landes für ihre Wiedervereinigung unter der Herrschaft Gottes und seiner Thora nach prophetischer Verheissung ist unsere Aufgabe. Jede Organisation, die bewusst dieses Ziel fördert und welche jegliche Verfälschung oder Verflachung des von der Thora geleiteten Nationaljudentums vermeidet, ist mit allen Mitteln zu fördern, jede andere wird von uns abgelehnt. Die Bereitstellung des jüdischen Landes verlangt die Besiedelung desselben mit Thoratreuen Juden. Diese Besiedelung ist nach einem umfassenden Plane unverzüglich in Angriff zu nehmen. Jede Ortsgruppe der „Agudas Jisroel" hat die Juden zu werben und zu sammeln, die bereit sind, nach Erez Jisroel zu ziehen. Erez Jisroel muss in der Zerstreuung der geistige Mittelpunkt der in Gottes Recht geeinten und organisierten Nation werden."

Frankreich.

Antisemitisches.

(J.P.Z.) Die in Paris erscheinende „La vieille France" bringt in letzter Zeit wiederholt Hetznotizen in auffälliger Form. Aus der reichen, uns vorliegenden Auswahl bringen wir in stark verkleinertem Druck vorderhand nur folgendes:

LES ÉTATS-UNIS,
LA FRANCE ET L'ANGLETERRE
ont promis de rendre
la Palestine aux Juifs.
ENFIN
nous pourrons rendre
les Juifs à la Palestine.

England.

Weizmann bei Balfour.

(J.P.Z.) Prof. *Weizmann* wurde in einer längeren Audienz vom englischen Minister des Aeussern, Balfour empfangen, in welcher er Gelegenheit hatte, dem Minister eingehendst über die Forderungen des jüdischen Volkes zu informieren.

(J.P.Z.) Laut „Zionist. Rewiew" wurden in England die Forderungen des jüdischen Volkes an die Regierung und den Friedenskongress ausgearbeitet.

Italien.

(J.P.Z.) Die florentinische „Unita Catolica" schreibt in einem Artikel „Die Wiedergeburt des jüdischen Volkes in Palästina" betitelt, „die Kirche hat gar keinen Grund der zionistischen Bewegung entgegenzutreten und wird ihr immer mit Gefühl von Sympathie und Freundschaft begegnen."

Amerika.

Kongress der Ukrainen.

(J.P.Z.) Das ukrainische Telegr.-Büro, Lausanne meldet: Der Kongress der amerkanischen Ukrainer, an dem 500 Delegierte teilnahmen, wurde in Washington abgehalten. In der gefassten Resolution befindet sich auch folgender Satz: Der Kongress verwirft das polnische Programm — *sichert den Juden* Galiziens seine *Sympathie* zu und verlangt das Eingreifen der Allierten, um dem Blutvergiessen Einhalt zu tun.

(J.P.Z.) Laut einer Mitteilung des „American Jewish Chronicle" rechnet die Zionistisch Organisation in diesem Jahre auf mindestens 150,000 eingeschriebene zionistische Mitglieder.

(J.P.Z.) Rabbiner Stephen *Wise* aus New-York, begleitet von den Herren *Josef Fels, Flexner* und *Robinson*, ist in London angekommen. Diese Herren sind von der Förderation der amerikanischen Zionisten delegiert, in ihrem Namen unter Bezug auf die britischen Erklärungen und die Vorschläge, die durch die zionistische Organisation der Friedenskonferenz vorzulegen sind, zu beraten und zu handeln.

Amerika für die Pogromopfer.

(J.P.Z.) Das jüdische Rettungskomitee entsendet demnächst ein besonderes Schiff mit Lebensmitteln und Kleidung für die jüdische Bevölkerung, die durch die Pogrome in Galizien und Polen gelitten hat. Eine Kommission, bestehend aus 5 der angesehensten Juden in Amerika, wird dies Schiff begleiten, darunter auch der bekannte jüdische Dichter Schalom *Asch*.

Palästina.

Jüdische Legion.

(J.P.Z.) Haag. Jüdisches Korrespondenzbureau meldet, dass Londoner zionistische Kreise aus Jerusalem ein Telegramm erhalten haben, laut welchem in „Chadaschot mehaarec",dem offiziellenWochenblatt der jüdischen Legion in Palästina, ein Befehl des Obersten Jüdischen Heereskommandos abgedruckt ist, nach welchem die jüdische Legion demnächst nach Europa überführt werden soll. Diese Abteilung wird von neuen Kräften ergänzt werden und eine besondere Formation, in welche auch die Juden, welche bisher in der englischen, amerikanischen und anderen Armeen der Koalition gedient haben, eintreten werden. Die neu organisierte jüdische Militär-Abteilung wird in Europa eine gewisse besondere Mission zu erfüllen haben. — In Londoner zionistischen Kreisen glaubt man, dass diese Legion in eines der bisher von den Zentralmächten okkupierten Länder abgehen wird.

Repatrierung palästinensischer Juden.

(J.P.Z.) „Jewish Chronicle" London, schreibt: Eine beträchtliche Anzahl palästinensischer Juden, die von den türkischen Behörden während ihres Rückzuges vor dem siegreichen Angriff des General *Allenby* nach Damaskus deportiert wurden, kehren jetzt zu ihren Heimstätten nach Palästina zurück. Die britischen Behörden gewähren ihnen jede Erleichterung. (Siehe auch „Morning Post" vom 20. Dez.)

Der Name Palästinas.

(J.P.Z.) An den Herausgeber des „Jewish Chronicle" richtet S. Hennenson, Edinbourgh folgenden Brief: Palästina sollte „Israelia" genannt werden. Alte Staaten haben die weibliche lateinische Endung „a". Israel entspricht nicht der hebräischen Uebersetzung von „Erez Jisroel" „Israelland" wie suggeriert worden ist, braucht zwei „l" und klingt nicht gut. Anderseits klingt Israelia wie Arabia, Serbia und Armenia etc. wundervoll in allen Sprachen, sowohl in alten wie in modernen.

Die Not in Palästina.

(J.P.Z.) Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet: Herr *Lewin-Epstein* telegraphierte an die zionistische Organisation Amerikas über die grosse Notlage der aus Galiläa zurückkehrenden Flüchtlinge, die vor Hunger völlig erschöpft seien und grossen Mangel an Kleidungsstücken hätten. Die zionistische Organisation erlies einen Aufruf zu einer Kleidersammlung sowie zur Erlangung von Mitteln für den Wiederaufbau-Fonds

Schweiz.

(J.P.Z.) Der Vorsteher des Pariser Zionistenbureaus Sokolow *hat* jüdisch-nationale Delegationen aus Prag, Agram, Wien, Budapest, Krakau, Kiew, Wilna und Petersburg nach der *Schweiz* eingeladen, die dort gemeinschaftliche Beratungen pflegen und eine kleine Delegation für den Friedenskongress bilden sollen.

Schweizerischer Erez-Jisroel-Kolonisations-Fonds der Agudas Jisroel.

(J.P.Z.) Infolge des letzten Aufrufs zur Gründung einer schweizerischen Agudas Jisroel Kolonie in Palästina wurde, wie wir hören, bereits eine halbe Million Franken gezeichnet.

(J.P.Z.) Der Ausschuss des schweizerischen Kriegswaisenfonds der Agudas Jisroel hat einen *Spezialfonds für die Pogromwaisen* gegründet. Auch dieser soll, wie der allgemeine Fonds der Agudas Jisroel *ausschliesslich in Palästina* verwendet werden.

Resolution der jüd. Studentenschaft Zürichs.

(J.P.Z.) Die am 26. Dez. 1918 im grossen Saal des „Jüdischen Heim" stattgefundene allgemeine Versammlung der jüdischen Studentenschaft Zürichs erklärt: Die jüdische Studentenschaft Zürichs proklamiert auch ihrerseits die nationalen Forderungen, wie sie vom jüdischen Volke vor das Forum des Friedenskongresses getragen werden: 1. Anerkennung der *Einheit der jüdischen Nation* und ihre Aufnahme

in die Liga der Völker. 2. Schaffung einer nationalen *Heimstätte in Palästina.* 3. *Nationale Autonomie* auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet in den Ländern der jüdischen Massensiedelung. 4. *Uneingeschränkte Gleichberechtigung* der Juden in allen Ländern. Die jüdische Studentenschaft Zürichs gelobt für diese Forderungen und ihre Verwirklichung mit ihrer ganzen Kraft einzutreten. Der von ihr gewählte Ausschuss hat die Aufgabe, die jüdische Studentenschaft Zürichs zu vertreten und im Geiste der obigen Erklärung zu wirken.

Wirtschaftliches.

Eine Agrarbank für Palästina.

(J.P.Z.) Der „Moment" berichtet: In Kiew bildete eine Gruppe jüdischer Millionäre ein Konsortium zum Zwecke der Gründung einer Agrarbank in Palästina. Das Gründungskapital soll 40 Millionen Rubel betragen. Die Initiative zu dieser Gründung, an der sich u. a. auch der bekannte Millionär *Brodski* beteiligt, kam von Herrn Kreiner.

(J.P.Z.) Laut „Times" wurde die Levant-Company mit einem Kapital von einer Million Pfund Sterling gegründet. Ihr Präsident ist Sir Maurice de Bunsen. Das Ziel der Gesellschaft besteht darin, die Tätigkeit der frühern britischen konzessionierten Gesellschaft für den Orient wieder herzustellen, die ihren Handel im 16. und 17. Jahrhundert mit der Türkei begann. Sie wird auf eigene Rechnung, aber durch Vermittlung von subventionierten Handelsgesellschaften im ganzen Orient arbeiten, wo das Gelände nun so günstig ist, um den früher von den feindlichen Häusern geführten Handel zum Nutzen des britischen Handels an sich zu ziehen, ausser den neuen Absatzquellen, die sich in Syrien, Mesopotamien und andern Orten als Folge des Krieges öffnen werden. Es werden ebenfalls Abkommen geplant, um subventionierte Gesellschaften der Levante in Griechenland, Aegypten, Sudan, Mesopotamien, Serbien, Rumänien und Bulgarien zu bilden.

(J.P.Z.) England and Palestine: „Essays towards the Restoration of the Jewish State" By Herbert Sidebotham (Constable and Co. London). Das Buch ist keine Abhandlung über Zionismus. Der christliche Verfasser bespricht die Frage der Zukunft Palästinas vom Gesichtspunkte eines britischen Politikers. Das Ergebnis, zu dem der Verfasser gelangt, ist: es liegt im höchsten Interesse der britischen Politik, dass Palästina zum selbstständigen jüdischen Staat unter britischer Oberherrschaft werde. Dies begründet er hauptsächlich mit der strategischen Lage Palästinas, als glänzender Pufferstaat für die Verteidigung Aegyptens. Als weiteres Argument für die Errichtung des Judenstaates führt er die historischen Ansprüche der Juden auf das heilige Land, das Recht auf nationale Selbstbestimmung und die kulturelle Mission, die sie in diesem alten Lande vollbringen werden. Der Verfasser tritt für absolute Selbstverwaltung der Juden in Palästina ein und bemerkt ausdrücklich, dass, solange die jüdische Gemeinschaft keine besondere politische Existenz besitzt, ihre Festsetzung in Palästina einen blossen Szenenwechsel darstellen würde. Er tritt bestimmt gegen die Teilung des Landes oder ein Kondominium ein und wenn er auch die Möglichkeit der Internationalisierung nicht ablehnt, glaubt er, dass doch irgend eine europäische Macht das Protektorat übernehmen müsse. England würde durch Uebernahme einer solchen Oberherrschaft sich eine neue Quelle seiner Macht öffnen. Die Grenzen des neuen jüdischen Staates müssen ausgedehnt sein, damit es bereits Entwicklungsmöglichkeit besitzt, wenn auch Nachdruck auf freundliche Beziehungen zu den Arabern gelegt wird. Als ein glänzend geschriebener und durchdachter Beitrag zur politischen Frage des Zionismus wird das Buch von Mr. Sidebotham wohl nicht seines gleichen in der christlichen Literatur über die Palästinafrage haben. (Westminster Gazette.)

Verlags-Notizen.

(J.P.Z.) Das Kopenhagener Büro der Zionistischen Organisation hat von *S. Bernstein,* dem Verfasser von „Die Judenpolitik der rumänischen Regierung" (deutsch und französisch) ein weiteres Werk: „Der Zionismus, sein Wesen und seine Organisation", herausgegeben.

(J.P.Z.) Der junge vielversprechende Schriftsteller *Dowid Kazansky* lässt jetzt im Inselverlag New-York einen grossen fünfbändigen Roman „Arum und Arum" erscheinen.

(J.P.Z.) Im Verlag von M. Poppelauer, Berlin 1918, erschien, von dem jüd. Talmudforscher *J. S. Zuri,* dem Verfasser von „Raw, seine Lehren und seine Anschauungen" ein weiteres Werk unter dem Titel „Rabbi Jochanan der erste Amoräer Galiläas".

(J.P.Z.) Seit einigen Wochenerscheint in Krakau ein neues jüdisches Wochenblatt „Der Sozialdemokrat" herausgegeben von der jüdisch-sozialistischen Partei in Galizien (Bundisten).

(J.P.Z.) In dem vor kurzem in Zürich gegründeten Verlag „Arzénu" der Agudas Jisroel Jugend Organisation, der sich zur Aufgabe macht: „1. Die Veröffentlichung von mit dem Wiederaufbau unseres Landes und dessen Besiedelung sich beschäftigenden Bücher und Broschüren; 2. die Veröffentlichung der im Volksgeiste geschriebenen Werke der hebräischen Literatur", erscheint demnächst eine dritte Schrift: „Die Ziele der Agudas Jisroel". („Unsere Aufgabe" ein Mahnruf von *Wolf S. Jacobson* und „Ein ernstes Wort in ernster Stunde" (hebräisch) von *Moses Leiter* sind bereits im erwähnten Verlage erschienen.)

Presse.

(J.P.Z,) Die Redaktion des „Israelitischen Wochenblatt für die Schweiz" ist aus den Händen der bewährten Redaktion Rabbiner Dr. Littmann und Dr. Strauss an den bekannten Literaten und Schriftsteller *David Weinbaum* übergegangen, Wir wünschen dem neuen Herausgeber reichen Erfolg und versprechen uns von seiner Leitung eine weitere erspriessliche Tätigkeit.

Redaktion und Verlag: Oscar Grün, Zürich, Schweizergasse 10. — Die Mitteilungen der „J.P.Z." erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich